

Demokratie, Daseinsvorsorge, Datenschutz

Kommunalpolitik digital in 3D

Die Kommune ist auch in der digitalen Gesellschaft ein Ort der Zusammenkunft und der sozialen Teilhabe. Wenn sie sich den drei Herausforderungen der Digitalisierung stellt und die Chancen nutzt.

Malte Spitz

Über 65% der Menschen in Deutschland können heute auf einen Breitband-Internetzugang zugreifen. In der Bundesrepublik sind 109 Millionen SIM-Karten im Einsatz – 1,3 SIM-Karten pro Person. Allein diese zwei Zahlen zeigen: Die Digitalisierung unseres Lebens schreitet voran. Sie ist längst kein Randphänomen mehr. Im Gegenteil, sie betrifft jede und jeden von uns.

Digitalisierung ist ein grundlegender gesellschaftlicher Veränderungsprozess. Sie modifiziert die soziale Teilhabe, insbesondere den Zugang zu Wissen und Information. Sie ändert auch die demokratische Teilhabe und Partizipation, indem sie mehr und neue Formen der Beteiligung und Transparenz ermöglicht. Alle politischen Ebenen müssen sich mit der Digitalisierung auseinandersetzen: Evaluieren, was sich im eigenen Verantwortungsbereich verändert. Prüfen, ob Vorgehensweisen noch zeitgemäß sind. Anpassen, damit die Arbeitsweisen den neuen Rahmenbedingungen gerecht werden.

Kommunale Netzpolitik

Auch die Kreise, Städte und Gemeinden müssen sich mit Netzpolitik beschäftigen, so wie kommunale Wirtschaftspolitik betrieben wird oder außen- und menschenrechtspolitische Fragestellungen durch Städtepartnerschaften eine Rolle spielen. Die Digitalisierung macht keinen Bogen um die Kommunen. Sie wirkt sich auf den Alltag vor Ort, das Miteinander und die Öffentlichkeit aus. Und sie birgt viele Chancen. Nicht ohne Grund wollen sich erste Kommunen und mittelgroße Städte an diese neue Entwicklung andocken, allen voran die Großstädte. Schließlich handelt die Kommune auch in der Nutzerrolle netzpolitisch. Etwa, wenn sie sich

zwischen kostenintensiver Monopol- und freier Software entscheidet.

Drei Dimensionen einer kommunalen Strategie

Setzt man sich mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen auseinander, lösen sich bewährte Strukturen manchmal auf. Hier ist es wichtig, politische Grundwerte im Auge zu behalten. Sie bieten Orientierung und helfen bei der Umgestaltung. Weil Digitalisierung sich vor allem auf das (öffentliche) Miteinander, die (öffentliche) Beteiligung und die (öffentliche) Darstellung individueller Informationen auswirkt, heißen hier die zentralen Werte Demokratie, Daseinsvorsorge und Datenschutz. An ihnen können Kommunen ihre digitale Strategie ausrichten.

Demokratie: Mehr Internet wagen

Digitalisierung in der Dimension Demokratie gedacht, bedeutet vor allem Teilhabe an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen. Internet und neue Kommunikationstechnologien bieten vielfältige Wege des Austauschs und der Interaktion. Eine grundlegende Diskussion steht an: Wie wollen wir in Zukunft Politik machen und darstellen? Welches Selbstverständnis haben wir als PolitikerInnen?

Viele Menschen in unserem Land sehnen sich nach einer besseren und ehrlicheren demokratischen Kultur – nicht erst seit der Kandidatur von Joachim Gauck für das Amt des Bundespräsidenten. Die kommunale Ebene hat beste Chancen, das verloren gegangene Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen zurückzugewinnen. Gerade hier sind praktische Politikerfahrungen möglich, mit direktem

persönlichen Bezug. So können BürgerInnen das Vertrauen in die Politik insgesamt zurück gewinnen. „Mehr Demokratie wagen“, wollte einst Willy Brandt. Heute müssen wir endlich „mehr Internet wagen“, denn damit können mehr Menschen an der Politik beteiligt werden.

Mit zunehmenden Wahlerfolgen müssen wir Grüne uns fragen, welchen Ansatz wir verfolgen, wenn wir Verantwortung tragen – unabhängig auf welcher politischen Ebene. Die Diskussion über eine „Green Governance“, also unsere Art zu regieren, hat bereits begonnen. Dabei geht es um unsere politische Umgangsform, um Nachhaltigkeit und darum, wie wir neue technische Möglichkeiten wie das Internet dafür nutzen können. Auch in grünen Kreistags-, Stadt- und Gemeinderatsfraktionen sollte über die lokale „Green Governance“ debattiert werden.

Rot-Grün in NRW will hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Dort heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir werden deshalb eine Open-Government-Initiative starten, die sich an den Leitzielen von Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit ausrichtet und die die kosten- und diskriminierungsfreie Bereitstellung öffentlicher Daten und Informationen ebenso zum Gegenstand hat wie neue und erweiterte digitale Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen an öffentlichen Entscheidungsprozessen. Dabei werden wir auf die Sicherheit und Integrität der Daten achten und das Recht der Menschen auf informationelle Selbstbestimmung wahren. Wir werden regelmäßig Wettbewerbe durchführen, bei denen Entwickler unter Verwendung öffentlich bereitgestellter Daten Applikationen erstellen, die zu Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit beitragen.“



Höchste Zeit für die Kommunen, ihr Programm zu starten und mit einer eigenen Netzpolitik zu beginnen

Foto: aboutpixel.de / Holger Hecklau

Dieser Anspruch verändert die politische Kultur in Deutschland. Das Internet wird als Chance für Politik und Verwaltung begriffen, nicht länger als Gefahr. Diesen Gedanken in die Praxis umzusetzen, hat Vorbildcharakter und lässt sich auch auf die lokale Ebene übertragen. Denn auch in den Gemeinden, Städten und Kreisen fällt Wissen an, das anonym und offen angeboten für uns alle von Nutzen wäre. Sind die Daten digital gut aufbereitet, muss niemand mehr mit großem Zeitaufwand ins Rathaus gehen. Feinstaubwerte in der Hauptstraße oder Planungsunterlagen für die Ortsumgebung werden bequem daheim am Rechner gelesen. Die Schwelle für ein kommunalpolitisches Engagement sinkt.

Natürlich ist das Internet nicht die eierlegende Wollmilchsau, die alle Probleme löst und jeden Menschen anspricht. Diesen neuen Weg der Beteiligung einzuschlagen, wird aber Früchte tragen. Denn vor allem Menschen, die sich bisher wenig mit kommunalpolitischen Fragen

auseinandergesetzt haben, können so erreicht werden.

Daseinsvorsorge: Der Anfang wird vor Ort gemacht

Auch die digitale Daseinsvorsorge beginnt zu Hause. Vorderstes Ziel ist es, gemeinsam mit Internetanbietern und Fördermitteln von Land, Bund und Europa einen flächendeckenden Zugang zum zukunftsfähigen Breitband-Internet zu gewährleisten. Eine solche Infrastruktur ist kein Luxus für Surfwütige, sondern vor allem auch Voraussetzung für unternehmerische Aktivitäten vor Ort – und damit ein grundlegender Baustein kommunaler Wirtschaftsförderung. Wünschenswert ist ein Recht auf einen solchen Anschluss, wie es in anderen europäischen Ländern bereits besteht. Klar ist, dass die kommunalen Anteile beim Ausbau in Zeiten leerer Kassen durch höhere Landes- oder Bundesmittel ausgeglichen werden müssen. Und: Jeder Mensch muss heute Zugang zum Internet haben,

so gebietet es die Chancengleichheit. Wer sich keinen Computer zu Hause leisten kann, muss in öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken surfen können.

Digitale Daseinsvorsorge ist viel mehr als das Verlegen des Breitbandkabels ins neue Wohngebiet. Sie hört auch noch nicht beim Zugang zum Internet auf. Sie muss weitergedacht werden, gerade vor Ort. Kommunen können kommunikative Zentren in ihren Gemeinden schaffen, wenn sie dafür die entsprechende Infrastruktur bereitstellen. Reale öffentliche Räume werden so auch zu digitalen öffentlichen Räumen. Das fängt bei banalen Dingen wie einem Stromzugang an und geht bei offenen WLAN-Netzen weiter. Wie der Hundehalterin die Beutel zur Beseitigung des Hundekots bereitgestellt werden, können dem Computernutzer Steckdosen und WLAN bereitstehen. Das macht Spiel- und Marktplätze, Parks oder auch Schulhöfe attraktiver und befördert das öffentliche Leben. Diese Orte könnten zu Lebensknoten-

punkten werden: Menschen, die berufliche E-Mails schreiben, sitzen dann auf der Wiese neben Schülern, die ihre Hausaufgaben lieber einmal im Freien erledigen. Der öffentliche Raum erstreckt sich dabei bis in den ÖPNV. In Estland gibt es WLAN in Bussen und die Bahn rüstet immer mehr Züge mit Steckdosen nach, mittlerweile auch im Nahverkehr.

Gäbe es in einer Stadt oder Gemeinde ein zentrales WLAN-Netz, würden zudem viele der individuellen Netze überflüssig. Mit einem solchen Zukunftsprojekt beschäftigt man sich – allerdings schon seit drei Jahren ohne greifbares Ergebnis – in Berlin; immerhin geht es um die Vision eines freien WLANs innerhalb des S-Bahn-Ringes.

Aus kommunaler Sicht erscheint es durchaus sinnvoll, sich über diese Grundversorgung hinaus gesellschaftspolitisch mit dem Thema Digitalisierung auseinanderzusetzen. Digitale Technologien können neue Räume des Beisammenseins schaffen – virtuell und real. Dabei muss sich auch die Medienförderung neu ausrichten. Zusätzlich zu Bürgerradios und Stadtfernsehen könnten auch Online-Angebote wie Bürgerforen und Regional-

portale Unterstützung bekommen. Auch das sind Orte der kommunalpolitischen Debatte.

Datenschutz: Medienkompetenz und Rechtsstaatlichkeit

Der Schutz von Daten ist die dritte Herausforderung des digitalen Zeitalters in der Kommune. Bei aller Euphorie über neue Möglichkeiten der Kommunikation und Partizipation müssen persönliche Daten noch mehr geschützt werden. Die Gretchenfrage lautet: Wie können wir bei den unendlichen Datenmengen, die schon heute zirkulieren, Missbrauch verhindern und eine möglichst große Integrität gewährleisten? Den Kommunen kommen dabei zwei zentrale Aufgaben zu. Erstens müssen sie den Datenschutz in der eigenen digitalen Strategie als zentrales Leitmotiv umsetzen; hier gibt es leider noch viel Spielraum für Erfolge. Und zweitens können sie durch gezielte Angebote BürgerInnen zu einem selbstbestimmten Umgang mit eigenen Daten und (neuen) Medien befähigen.

Die öffentliche Sicherheit muss auch im Internet gewährleistet werden. Das ist Aufgabe des Staates, darf – wie in der realen Welt – aber nicht in überbordende Überwachung und Kontrolle ausufern. Völlig zu Recht hat das Bundesverfassungsgericht zuletzt die Vorratsdatenspeicherung untersagt. Wenn es um private Faktoren der Sicherheit im Internet geht, also um Beleidigungen, Abzockerei oder den Umgang mit persönlichen Daten, sind die Menschen vor Ort betroffen. Dann helfen ihnen aber keine netzpolitischen Grundsatzthesen von Innenminister de Maizière, der sich sein eigenes Internet zu backen versucht. Genauso wenig Unterstützung kommt von den multinationalen Firmen wie Facebook, Google oder Microsoft. Die User brauchen vielmehr Präventions- und Aufklärungsarbeit, Vermittlung von Medienkompetenz in Stadtteilzentren, VHS-Kurse für alle Generationen und eine wohnortnahe Beratung in Problemfällen. Gemeinsam mit Verbraucherzentralen oder den Präventionsstellen der Polizei kann und muss hier die Kommune eine Vorreiterrolle einnehmen.

Der 3D-Kompass gibt die Richtung vor

Das Leben der Menschen sowie Wirtschafts- und Verwaltungsprozesse finden

zunehmend digital statt. Diese Veränderung trifft insbesondere die Bevölkerung selbst. Nirgendwo ist der Weg zwischen BürgerInnen und Politik kürzer, als in den Gemeinden, Städten und Kreisen. Die Kommunen müssen eine digitale Brücke zwischen Politik und Menschen schlagen. Davon profitiert die Lokalpolitik so direkt wie keine andere Ebene unseres Staates. Deswegen sollten wir lieber gestern als heute darüber nachdenken, wie wir unseren Alltag und unsere Politik den neuen digitalen Rahmenbedingungen anpassen können. Die drei Dimensionen Demokratie, Daseinsvorsorge und Datenschutz sind der Kompass:

Nutzen wir die Chance, die das digitale Leben bietet: Transparente Abläufe machen es mehr Menschen möglich, sich zu beteiligen.

Wir sind in der Pflicht, dass jeder Mensch ins Netz kommen kann: Das gehört heute zur kommunalen Daseinsvorsorge.

Machen wir die Bevölkerung fit für das Leben im digitalen Zeitalter. Je sicherer die BürgerInnen im Umgang mit neuen Medien sind, desto mehr werden sie diese nutzen, um sich aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelt zu beteiligen.

Wir stecken mittendrin in der Digitalisierung unserer Welt. Keine Kommune darf die Augen davor verschließen. Stattdessen ist der Startschuss für einen neuen Wettbewerb gefallen. Denn wenn dank der Informationstechnologien immer mehr Arbeit unabhängig vom Aufenthaltsort erledigt werden kann, ist eine entsprechende Infrastruktur vor Ort ein wesentlicher Standortvorteil.

☞ Malte Spitz (26) stammt aus Telgte und ist seit 2006 Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen. Er studiert Politikwissenschaft an der Fernuniversität Hagen und ist Mitglied im Netzwerk Neue Medien sowie im Chaos Computer Club (CCC). www.malte-spitz.de



Und: Enter!

Foto: aboutpixel.de / Holger Hecklau

☞ **kommunalpolitik digital...**

...in der analogen AKP

2010

Nachricht: Rheinland-Pfalz: Blog zur Kommunalreform, AKP 4/10, S.9f

Cunitz, Olav: Barrierefreie Mobilität – Grünes Internetportal: Achtung Hindernis!, AKP 4/10, S. 12

Spitz, Malte; Kommune digital – Verpasst den Anschluss nicht!, AKP 1/10, S. 25

2009

Nachricht: CO₂-Endlagerung – Übersichtskarte der Planungen im Web, AKP 4/09, S. 8

Nachricht: Verbraucherinformation – Schmuddelbilder aus Fleischerei und Frittenbude, AKP 4/09, S. 9

Nachricht: Call 115 – Pilotbetrieb der einheitlichen Behördenrufnummer, AKP 3/09, S. 16f

Nachricht: Aktion: Solardachkampagne für die KV-Homepage, AKP 1/09, S. 14

Kommunen, Bürger und das Web 2.0

Von der amtlichen Bekanntmachung zum Online-Dialog

Hinter dem Begriff Web 2.0 verbergen sich neue Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung in den Kommunen. Vorhandene Beteiligungsformen lassen sich virtualisieren, völlig neue Formen werden entstehen. Das Verhältnis von Bevölkerung, lokaler Verwaltung und Politik kann dauerhaft verändert werden – zum Vorteil Aller.

Volker Vorwerk

Derzeit wird die Phase der konzeptionellen Diskussionen um Government 2.0 oder E-Partizipation von praktischen Versuchen abgelöst. Vor allem zeitlich, thematisch oder funktional eng umgrenzte Angebote sind erfolgreich. Städte, Kreise und Gemeinden probieren in kleineren Projekten webbasierte Formen der Bürgerbeteiligung aus. Es liegt in der Hand von Verwaltung und Politik, die Chancen für eine bürgernähere und bessere kommunale Politik zu nutzen.

Gegenwart: Web 1.0

Alle Gemeinden, Städte und Kreise dürfen inzwischen mit einer eigenen Seite im Internet vertreten sein. Hier werden Informationen über die Stadt, Öffnungszeiten von Behörden oder Ansprechpersonen zur Verfügung gestellt. Oft stehen Formulare zum Herunterladen bereit, was den Besuch auf dem Amt beschleunigen kann. Aber kommunikative Rückkanäle sind eher sporadisch vorhanden. Teilweise finden sich Gästebücher, Online-Formulare oder E-Mail-Adressen, mit deren Hilfe die Bevölkerung Beschwerden oder Anregungen formulieren kann. Was aber bislang fehlt, ist die öffentliche Rechenschaft darüber, wie mit den Anregungen umgegangen wird, die via Internet im Rathaus eingegangen sind.

Die wachsende Zahl von Internet-Nutzenden und schnellen Internetverbindungen legt indes nahe, dass auch Kommunen das World Wide Web intensiver nutzen sollten. Derzeit sind 73% der über 14-Jährigen in Deutschland online und schnelle Internetverbindungen gibt es

auch in immer mehr ländlichen Regionen. Die infrastrukturellen, sozialen und software-technischen Voraussetzungen für einen tiefgreifenden Wandel der Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Publikum sind somit gegeben. Diesen Wandel gilt es zu gestalten. Das Wissen um administrative, organisatorische, sozio-kulturelle und partizipative Prozesse muss dazu mit dem web-spezifischen Know-how zusammengeführt werden.

Zukunft: Web 2.0

Einige Kommunen bieten bereits weitergehende Nutzungen an, die unter dem Stichwort Web 2.0 zusammengefasst wer-

den können. Web 2.0 meint vor allem, dass die Nutzenden einer Seite nicht nur Informationen abrufen, sondern selber Inhalte über diese Seite ins Netz stellen können. Hinweise oder Beschwerden werden dann nicht mehr nur an die Verwaltung geleitet, sondern sie sind im Netz für alle sichtbar.

Zum kommunikativen Rückkanal muss also die Veröffentlichung der Inhalte hinzu kommen, um vom Web 2.0 sprechen zu können. Und es sollte transparent sein, wie Verwaltung und Politik diese Hinweise verarbeiten. Mit dem Web 2.0 kann das politisch-administrative Handeln tiefgreifend verändert werden. Soll sich eine



Die Gegenwart: Im Web 1.0 wird präsentiert und informiert

Foto: aboutpixel.de / Walter Christ

kommunale Homepage 1.0 zu einer Online-Plattform 2.0 weiterentwickeln, sind bei der Gestaltung einige Bedingungen und Ziele zu beachten:

- Einfachheit und Barrierefreiheit gewährleisten
- Transparenz herstellen
- konstruktive Beiträge bewirken
- relevante Ergebnisse erzielen
- über die Umsetzung der Ergebnisse durch die Entscheidungstragenden berichten.

Neue Möglichkeiten

Die Funktionen, die Web 2.0-Angebote prägen, sind außerordentlich vielschichtig, so dass hier nur einige herausgegriffen werden können. Angesichts der Vielzahl der Möglichkeiten ist einleitend zu betonen, dass erfolgreiche Web 2.0-Seiten übersichtlich gestaltet und einfach zu bedienen sein müssen (usability). Eine Überfrachtung ist zu vermeiden und alle Funktionen sollten selbsterklärend sein. Es sollten niedrigschwellige Aktionsangebote vorhanden sein, wie das Bewerten von Beiträgen. Bei vorschlagsorien-

tierten Seiten sollten die Verantwortlichen transparent über die Umsetzung der Ergebnisse Rechenschaft ablegen.

Wer auf einer Web 2.0-Plattform mitwirken möchte, muss sich zumeist mit einer gültigen E-Mail-Adresse anmelden. Einige Funktionen sind allerdings auch anonym möglich, wie das Eingeben von Vorschlägen. Bisweilen werden Adressen und weitere soziodemografische Daten erhoben. Das Web 2.0 prägen zwei Kernfunktionen:

- Vorschläge, Beschwerden oder Ideen werden präsentiert und zur Diskussion gestellt.
- Andere NutzerInnen bewerten und kommentieren diese; daraus entsteht ein Ranking.

Dies wird meist als thematisch und zeitlich geordneter Online-Dialog umgesetzt, seltener als offenes Forum. Verwaltungsvorschläge oder Gutachten lassen sich so zur Diskussion stellen. Darüber hinaus können die Texte um Fotos oder Videos ergänzt oder auf einer Landkarte verortet werden. Die aus den Bewertungen entstehenden Ranglisten ergeben eine begründete Auswahl von Ideen, um diese

beispielsweise lokalpolitisch umzusetzen. Zudem ist das Bewerten eine einfache und damit niedrigschwellige Aktionsform, die von vielen genutzt wird. Deutlich aufwändiger ist es, eigene Texte einzugeben oder gemeinsam Stichwörter (tagging) für eine sog. Suchwolke zu vergeben. Beim Trierer Bürgerhaushalt etwa wurden in diesem Jahr 388 Vorschläge und 745 Kommentare, aber 31.687 Bewertungen eingegeben. Die 100 bestbewerteten Vorschläge werden von den Fachämtern geprüft, dem Rat zur Entscheidung vorgelegt, anschließend soll die Umsetzung transparent im Netz dokumentiert werden.

Eine Besonderheit sind wiki-Funktionen, über die Nutzende Beiträge direkt ändern können. Hierbei handelt es sich aber um eine sozial – wer hat schon gemeinsam Texte schreiben gelernt – und technisch anspruchsvolle Funktion, die eher wenige nutzen. Einige Seiten bieten soziale Funktionen an: Sie ermöglichen eine (anonyme) Kontaktaufnahme mit anderen Nutzenden oder belohnen besonders Aktive auf der städtischen Plattform mit einer Zehnerkarte für das öffentliche Schwimmbad. Auch werden den Teilnehmenden manchmal Blogs – eine Art online-Tagebuch – angeboten. Zumeist können Newsletter, RSS-Feeds oder Twitter-Nachrichten abonniert werden, die über Neues auf der Seite informieren. Chats oder Videokonferenzen zur Echtzeit-Kommunikation spielen bei Online-Dialogen indes eine untergeordnete Rolle.

Neue Aufgaben

Durch das Web 2.0 entstehen insbesondere für die Verwaltung neue Aufgaben. Die Beiträge der Nutzenden brauchen eine Moderation: So sollen Missbrauch verhindert und eine effiziente Kommunikation sowie konstruktive Beiträge gewährleistet werden. Außerdem kann eine Redaktion fachliche Hinweise geben. Eine Rechenschaft über die Umsetzung oder die Wirkung der Beiträge aus der Bevölkerung ist wichtig, damit das Engagement nicht im Frust versandet.

Alle Nutzenden müssen lernen. Dies reicht von einer barrierearmen und verständlichen Sprache bis zur Beachtung besonderer Verhaltensregeln oder des Schutzes geistigen Eigentums. Die BürgerInnen sind nicht nur mehr bloße KonsumentInnen, KundInnen oder Adressa-

➔ rezeension

Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik

Vielleicht waren meine Erwartungen zu hoch: Ich habe das Buch bestellt, weil ich endlich genauer wissen wollte, was wir alt gedienten Kommunalis mit diesem schwurbeligen Modebegriff „Web 2.0“ zu tun haben: was, bitteschön, war 1.0, was ist 2.0? Womit sollten sich Kommunen und KommunalpolitikerInnen unbedingt beschäftigen, was ist eher Zierart? Ich suchte Systematik und fand einen Kessel Buntes. Der Gemischtwarenladen liegt, das sei den Herausgebern zugestanden, in der Natur der Sache: Unter Web 2.0 fallen die unterschiedlichsten technischen Anwendungen. Die Aufgaben der Kreise, Städte und Gemeinden sind ebenfalls mannigfaltig. Und die AkteurInnen und ihre Interessen (z.B. Partizipation, Marketing) auch.

Es werden viele Facetten bedient, leider ohne klare Gewichtung und auf sehr unterschiedlichem Niveau. Eine strengere Redaktion hätte dem Buch gut getan. Für meinen Geschmack kommen zu viele Menschen zu Wort, die als Berater mit dem Web 2.0 ihr Geld verdienen, mein Instinkt reagiert da mit Skepsis. Unter den sage und schreibe 36 AutorInnen sind ganze zwei Kommunalos, zwei Bürgermeister.

Positiv sticht der ehrliche Erfahrungsbericht der Journalistin Reinhild Haacker über den Aufbau eines lokalen Internetmagazins heraus. Ihr Projekt ruht derzeit, weil es trotz großer Resonanz nicht wirtschaftlich tragfähig ist und es an „lokalen Web-Alpha-Tieren“ fehlt. So schnöde kann der Alltag im lokalen Web 2.0 sein.

Rita A. Herrmann (Hannover)

Franz-Reinhard Habel, Andreas Huber (Hg.): Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik. Neue Formen der Öffentlichkeit und der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger; Verlag Werner Hülsbusch, ISBN 978-3-940317-36-0, Boizenburg 2008, 196 Seiten, 27,50 €

tInnen, sondern sie werden auch zu ProduzentInnen, zu „ProsumerInnen“ öffentlicher Informationen und Dienstleistungen. Das vielfältige Wissen der Bevölkerung wird mit dem Web 2.0 als Ressource nutzbar, das informative Internet wird zum kommunikativen und sozialen Netz (social web). Die öffentliche Sichtbarkeit der Beiträge verleitet mehr Menschen dazu, eigene Beiträge zu liefern – die Zahl der Aktiven wächst.

Wesentliche Nutzungsformen

Bei den relevanten Nutzungen des Web 2.0 für Kommunen lassen sich drei Formen unterscheiden.

- Erstens treiben Anbieter die Möglichkeiten im Netz mit immer neuen Funktionen voran oder perfektionieren einzelne Dienstleistungen. Hier ergeben sich Anregungen für kommunale Web 2.0-Angebote. Einzelne Funktionen können auch direkt von anderen Anbietern in die eigene Seite eingebunden werden (mashups).
- Zweitens lassen sich formelle oder informelle Verfahren der Bürgerbeteiligung um virtuelle Bestandteile ergänzen.
- Drittens entwickeln sich neue Verfahren aus dem Zusammenspiel kommunaler Bedürfnisse und softwaretechnischer Möglichkeiten.

Globale Portale und mashups nutzen

Weltweit genutzte Webportale im Kontext des Web 2.0 gruppieren sich zumeist um eine zentrale Funktion, wie das Veröffentlichenden von Fotos oder Filmen im Internet. Verbunden ist damit meist die Möglichkeit, die Beiträge zu bewerten, mit Stichworten zu versehen oder zu kommentieren. So entstehen für die mannigfaltigen Beiträge Auswahl- und Sortierkriterien. Hinzu kommen soziale Funktionen wie das Senden von Links an FreundInnen. Überdies gibt es Netzwerkportale, bei denen die soziale Funktion der Kontaktpflege im Mittelpunkt steht, auch dort können Inhalte wie Fotos hochgeladen werden.

Ein erfolgreiches kollaboratives Web 2.0-Angebot ist die virtuelle Enzyklopädie Wikipedia, die über Spenden finanziert und überwiegend ehrenamtlich organisiert wird. Alle können dort lexikalische Beiträge einstellen oder vorhandene Beiträge ändern. Interessant sind hier



Die Zukunft: Im Web 2.0 wird mitgewirkt und debattiert

Foto: aboutpixel.de / Walter Christ

die neuartigen Regeln, die aus den Beiträgen der unorganisierten Vielen eine erfolgreiche Enzyklopädie machen, die das gemeinsame Arbeiten an Texten kanalisieren und zum Beispiel helfen, Streitigkeiten zwischen einzelnen Autoren beizulegen (edit wars). Sogenannte **Stadtwikis** greifen die Idee und die frei verfügbare Technik von Wikipedia auf. In dem weltweit führenden Karlsruher Stadtwiki kann jede Person aktuelle Veranstaltungen ebenso einfügen wie historische Ereignisse. Derzeit gibt es über 21.000 Beiträge in deutsch, englisch, französisch, spanisch oder russisch.

Einige Internetangebote erlauben es, einzelne Funktionen in andere Webseiten kostenlos einzubauen. Mit solchen mashups können auch Kreise, Städte und Gemeinden ihre Internetseiten aufwerten. Ein Beispiel ist **Open Street Map**, das Geodaten und Landkarten zur allgemeinen Nutzung bereit stellt.

Bürgerbeteiligungsverfahren virtualisieren

Die vielfältigen formellen und informellen Partizipationsverfahren bieten Anknüpfungspunkte für das Web 2.0, da beide eine ähnliche Struktur aufweisen. Neben der Information der Öffentlichkeit über Planungen sind Rückmeldungen in Form schriftlicher Einwendungen, mündliche Erörterungen sowie Planänderungen vorgesehen. Ein beispielhaftes Anwendungsfeld sind **Flächennutzungs-**

und Bauleitpläne, die Städte wie Bielefeld oder Hannover bereits mit virtueller Unterstützung aufstellen. Allerdings werden die schriftlichen Einwendungen zumeist nicht veröffentlicht, so dass es sich um keine 100%-ige Web 2.0-Anwendung handelt. Hier spielen natürlich auch rechtliche Gründe eine Rolle, so müssten die Beteiligten explizit einer Veröffentlichung zustimmen. Neben den BürgerInnen werden die Plattformen auch von den VertreterInnen öffentlicher Belange genutzt.

Weit verbreitet sind inzwischen die **Bürgerhaushalte**. Hier finden sich sowohl Beispiele für rein internetbasierte Verfahren als auch medienübergreifende Ansätze, die Versammlungen vor Ort, schriftliche Umfragen und Online-Dialoge verbinden (vgl. AKP 1/2010, Seite 41-43).

Neuartige Verfahren

Es gibt auch neue Lösungen, die erst durch das Internet bzw. Web 2.0 möglich geworden sind. Hier drei innovative Beispiele:

Informationen anderer Beteiligungsverfahren zusammenführen: Die Seite „spareinnahme“ sammelt beispielsweise die Anregungen für Einnahmen und Einsparungen der kommunalen Haushalte, die insbesondere im Rahmen von Bürgerhaushalten entstehen, und macht sie für alle Kommunen nutzbar. Es werden soziale Lernprozesse angeregt, die vor al-

lem auf Nachahmung beruhen. Die wiki-ähnliche Änderbarkeit der Beiträge und persönliche Listen ermöglichen eine gemeinsame und persönliche Sammlung von Maßnahmen.

Auf Missstände hinweisen: Die Angebote FixMyStreet und Maerker Brandenburg dienen dazu, dass BürgerInnen zum Beispiel Mängel an öffentlichen Straßen oder Plätzen melden können: wilde Müllkippen, defekte Straßenlaternen oder Schlaglöcher. Der Missstand wird beschrieben und auf einer Karte verortet, er kann zudem mit einem Foto versehen werden. Der besondere Clou ist, dass die Meldungen ebenso wie die Reaktionen der zuständigen Behörden öffentlich zugänglich sind. Dies regt zur Nachahmung an.

Online-Prognose-Märkte oder Empfehlungsbörsen: Sie beinhalten ein bislang wenig genutztes Potenzial. Mit nur wenigen Beteiligten können Prognosen

oder Empfehlungen zu beliebigen Themen erzeugt werden. So könnte eine Stadt eine Prognose über die Bevölkerungszahl oder die Nutzung der Schwimmbäder in 2020 anstellen lassen. Auch ließe sich damit die Sinnhaftigkeit unterschiedlicher Formen der kommunalen Energieversorgung abschätzen.

Die Ergebnisse sind im Mittel besser als repräsentative Umfragen oder Expertenschätzungen, wie zum Beispiel Wahlprognosen zeigen. Die Ursache hierfür liegt darin, dass mehr Informationen zusammen geführt werden. Die Beteiligten äußern nicht nur – wie bei Umfragen – ihre Meinung, sondern sie berücksichtigen die Auffassungen anderer. Es wird damit das Wissen aktiviert, das die Beteiligten über die Menschen in ihrer Umgebung haben. Überdies können Diskussionen, in denen das Gruppendenken nivellierend auf die Meinungsvielfalt wirken kann, durch das statistische Mittel und Marktgesetze ersetzt werden. Insgesamt deutet sich ein paradigmatischer Wandel gegenüber Umfragen und auf Diskussion setzenden partizipativen Verfahren an.

Das neue Verständnis der Rolle von Individuen und Gruppen ist wichtig für die Gestaltung möglicher „Zukünfte“. Partizipative Verfahren werden besser ihrer Rolle gerecht, den Entscheidenden Orientierung zu bieten. Schließlich geht es auch bei der Bürgerbeteiligung via Web 2.0 nicht darum, Entscheidungen zu fällen, sondern möglichst viele Informationen nach Bedeutung geordnet zu erzeugen, um die Entscheidungen der verantwortlichen Stellen zu unterstützen.

Chancen und Risiken

Insbesondere hinsichtlich Transparenz und Wissen bietet das Web 2.0 große Chancen für Politik, Verwaltung und Bevölkerung. Die Vision ist, dass sich die BürgerInnen, die derzeit viel Zeit für die private Kommunikation in virtuellen sozialen Netzwerken aufbringen, vermehrt an der Vorbereitung und Verabschiedung kollektiv verbindlicher Entscheidungen beteiligen. Eine Repolitisierung scheint möglich. Politik und Verwaltung können leichter auf die verteilte Expertise in der Bevölkerung zurückgreifen oder Hinweise über die Auffassungen der Menschen erhalten. Entscheidungen werden damit bürgernäher und besser.

Es gibt aber auch Risiken. Das Internet führt nicht zwangsläufig zu einem breiteren Wissen. Die Menschen suchen eher Informationen, die ihr bisheriges Wissen bestätigen. Insofern besteht die Gefahr, das Informationskokons und neue Abschottungen sozialer Gruppen entstehen. Ansprechende kommunale Angebote für politisch relevante Meinungsäußerungen können ein wichtiges Korrektiv im Netz darstellen, da sie viele unterschiedliche Menschen zusammen bringen können und Abschottungen entgegen wirken.

Die Vertretenden und Mitarbeitenden in Politik und Verwaltung werden mit neuen Anforderungen konfrontiert. Hierarchien werden in Frage gestellt. Gutachten stehen in Konkurrenz zur Weisheit der Vielen. Neben dem fachlichen Wissen gewinnt die Medienkompetenz eine wachsende Bedeutung. Entsprechend ist mit Widerständen zu rechnen. Dies gilt insbesondere, solange das Recht nur langsam angepasst wird. Denn die zumeist informellen Verfahren stehen unter dem Vorbehalt der freiwilligen Unterstützung durch die jeweils lokale Verwaltung und Politik.

Ausblick

Noch nie war es so einfach, mit Tausenden von Menschen in einem überschaubaren Zeitraum zu kommunizieren und das verteilte Wissen der Vielen zu nutzen. Nun liegt es an den Entscheidungstragenden vor Ort, die neuen Möglichkeiten des Web 2.0 produktiv für kommunalpolitische Entscheidungen zu nutzen. An neuen Ideen und Mitmachbereitschaft der BürgerInnen mangelt es nicht, wie viele Beispiele zeigen. Politik und Verwaltung vor Ort ist deshalb mehr Mut zu Transparenz und zur Bereitschaft zu wünschen, vermehrt innovative Verfahren zu nutzen. Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, die dazu erforderlichen Grundsatzentscheidungen zu treffen.

Hinweis

Auf die Angaben von Quellen und Internetadressen wurde verzichtet. Diese lassen sich leicht über Suchmaschinen finden oder aus den Namen ableiten.

☞ Volker Vorwerk berät Kommunen und Organisationen, die das Internet für Bürgerbeteiligungen nutzen möchten. Zusammen mit dem heterogenen Netzwerk buergerwissen konzipiert, organisiert und moderiert er Online-Dialoge zu vielfältigen Themen, insbesondere zu kommunalen Haushalten: www.buergerwissen.de, vorwerk@buergerwissen.de

☞ service

Anträge

Fraktion B'90/Grüne Gilching: **Schließung der Breitbandlücken**, www.gruene-gilching.de, Pfad: Anträge (6.4.2009)

Fraktionen B'90/Grüne und SPD, Hannover: **Umsetzung von ELENA in der Stadtverwaltung**, www.gruene-hannover.de, Pfad: Ratsfraktion, Anträge/Anfragen (9.6.2010)

Fraktion B'90/Grüne, Nürnberg: **Meldeplattform für beschädigte Radwege einrichten**, www.gruene.rathaus.nuernberg.de, Pfad: Anträge (6.8.2010)

Fraktionen B'90/Grüne und SPD, Köln: **Internetstadt Köln**, www.gruenekoeln.de/ratsfraktion/spdgrueneratsantrag-internetstadt-koeln.html

Fraktion B'90/Grüne, Querfurt: **Veröffentlichung von Satzungen und Geschäftsordnungen im Internet**, www.gruene-querfurt.de, Pfad: Arbeit im Stadtrat (11.2.2010)

Fraktion B'90/Grüne, Taunusstein: **Terminankündigungen im Internet**, www.gruene-taunusstein.de, Pfad: Anträge

Wie nutzerfreundlich sind städtische Internetportale im Sozialbereich?

Soziale Dienste im virtuellen Rathaus

Das virtuelle Rathaus ist längst Realität. Etliche Web-Tests bewerten städtische Internetportale. Allerdings bisher nicht aus der Perspektive der Menschen, die Soziale Dienste nutzen. Eine Studie hat 56 kommunale Websites untersucht, wie sie in diesem Beratungsbereich aufgestellt sind.

Uwe Schwarze

Demografischer Wandel, neue Medien und neues Nutzerverhalten junger wie älterer Menschen, komplexere Probleme und Kommerzialisierung Sozialer Arbeit – vor diesen Herausforderungen stehen die Sozialen Dienste. Kommunen und freie Träger haben extreme Finanzierungsprobleme und müssen gleichzeitig neue Aufgaben erfüllen: internetbasierte Information, Online-Beratung ergänzend zur bisherigen „face-to-face“-Beratung, E-Government in Sozialverwaltungen, internetbasierte Beteiligungsprozesse sowie Netzwerkorientierung und Datenaustausch zwischen Sozialdiensten.

Das kommunale Internetportal gehört zur Daseinsvorsorge

Prägten bisher rechtliche, monetäre und pädagogische Interventionen die Sozialpolitik, so werden in Zukunft (digitale) Information, Wissen, Zugangschancen und Gelegenheiten die Inanspruchnahme, Nutzung und Wirkung sozialer Hilfen mit beeinflussen. Kommunale Internetportale haben hierbei eine zentrale Stellung, denn diese sind die einzigen echten neutralen Institutionen, die keiner Gewinnorientierung unterliegen (dürfen). Die Gebietskörperschaften dürfen sich dieser Verantwortung nicht verschließen, wollen sie nicht digitale Ungleichheiten und eine Ausweitung sozialer Probleme in Kauf nehmen. Bereits heute beeinflussen das digitale Rathaus und seine Gestaltungsmerkmale Zugangschancen und Hilfeprozesse der Sozialen Dienste.

Projektidee und Fragestellung

Anlehnend an Projekte wie dem „Speyer Web-Test“ oder „Kommune 21“ untersuchte 2006 ein Forschungsprojekt der HAWK Hildesheim die internetbasierten

Informationssysteme der Kommunen zu bestimmten Sozialen Diensten. Ausgewählt wurden

- die Ehe- und Lebensberatung,
- die Drogen- und Suchtberatung sowie
- die Schuldnerberatung.

Die Hauptfragen lauteten: Finden die drei Sozialen Dienste auf den Internetseiten der Kommunen einen adäquaten Platz? Gewährleisten die Portale einen möglichst einfachen nutzerfreundlichen Zugang für alle Interessierten? Grundlage der Untersuchung bildete eine quantitative Analyse der Internetportale 56 deutscher Städte, ergänzt um eine Passantenbefragung und um eine qualitative Befragung von Web-Designern.

Die Hälfte der Bevölkerung war schon auf der Stadt-Seite

Inzwischen nutzt nach Daten des Statistischen Bundesamtes mindestens 50% der Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 74 Jahren kommunale E-Government-Angebote, etwa beim Antrag auf einen neuen Personalausweis. In der Passantenbefragung kannten und nutzten sogar 60-70% der 272 Teilnehmenden die städtischen Internetportale – primär zur allgemeinen Information. Etwa 35% davon informierten sich auf der Homepage ihres Heimatortes auch speziell über Soziale Dienste.

Deutlich wurde aber, dass kein einheitliches Verständnis über „Soziale Dienste“ besteht, weder bei der Bevölkerung noch bei den Web-Designern in den Rathäusern. Diese Unschärfe in den Begriffen spiegelte sich beim Blick auf die 56 Internetseiten wider: Ehe- und Lebensberatung, Suchtberatung oder Schuldnerberatung sind begrifflich im Web-Design

nicht einheitlich definiert. Stattdessen sind diese Dienstleistungen meist nicht klar nachvollziehbaren Oberbegriffen zugeordnet. Teilweise fanden sich die Angebote auch unter den Rubriken „Gesundheit“ oder „Bildung“, häufiger gab es Doppelrubriken wie „Gesundheit/Soziales“ oder „Bildung/Gesundheit“. Hilfreich und wichtig wäre es, bundesweit möglichst klare Rubriken für alle städtischen Internetportale zu entwickeln. „Soziale Dienste“ wären dabei als eigenständige Rubrik neben „Gesundheit“ und „Bildung“ auszuweisen. Doppelbegriffe müssten vermieden werden, denn sie führen tendenziell zu längeren oder gar ergebnislosen Suchwegen.

stichwort

Zugangschancen

Nicht alle gehören zum Kreis derer, die vollen Zugang zum Internet haben: mit der nötigen Technik, den erforderlichen Kenntnissen und Fähigkeiten sowie unbeeinträchtigt von sozialen Problemen. Denn es gibt Personen mit Mindestkenntnissen und Fähigkeiten, die in ihren technischen Möglichkeiten an Grenzen stoßen: ohne Rechner, mit veralteter Software, zu langsamer Verbindung. Kostenlose Internetzugänge in Bibliotheken oder Rathäusern sind für sie außerordentlich wichtig, um digitale Ungleichheiten abzumildern bzw. zu verhindern. Auf absehbare Zeit wird es auch weiterhin Gruppen geben, die aus unterschiedlichsten Gründen keinen Internetzugang haben. Sie brauchen auch in Zukunft Informationen in Papierform.

Übrigens hat **keine** der 56 untersuchten Städte auf ihrer Startseite der Sparte „Soziales“ eine besondere Bedeutung zugemessen. In der Regel waren die Bereiche Tourismus, Wirtschaft und Kultur prägend. Das „Soziale“ blieb eher randständig, war teilweise in den Rubriken oder Suchfunktionen schwer auffindbar. Einheitliche Standards scheinen auch hier im Web-Design bisher kaum zu bestehen.

Kleinstädte mit hohem Nachholbedarf

In den Landeshauptstädten waren Informationen zu Öffnungszeiten, Anschrift und Personal der untersuchten Sozialdienste gut erhältlich. Anders hingegen in den übrigen Großstädten und vor allem in Kleinstädten. Während die Suche auf den Internetportalen der Großstädte häufig in der Vielfalt der Informationen und Recherchewege regelrecht erstickte, boten 2006/2007 68% der Kleinstädte bei der Ehe- und Lebensberatung sowie bei der Schuldnerberatung noch **gar keine** Informationen. 81% der Kleinstädte machten **keine** Angaben zur Drogen- und Suchtberatung. Oft gibt es also noch nicht einmal grundlegende Informationen über wichtige Sozialdienste auf den städtischen Seiten.

Das ist in einer Informations- und Wissensgesellschaft mit anhaltend hohen oder gar wachsenden sozialen Problemen ein unhaltbarer Zustand. Betroffene sind häufig noch auf sich allein gestellt bzw. werden auf traditionelle Formen der Informationsbeschaffung verwiesen, die allerdings immer seltener werden. So gilt dies für vielerorts (noch) übliche Wegweiser zu Sozialen Diensten in Papierform. Dabei ist es bei wachsender Wettbewerbsorientierung und Wahlfreiheit zunehmend komplex, unter öffentlichen, freien und privaten Trägern das jeweils passende Angebot zu finden. BürgerInnen sind zugleich häufiger auch überfordert in der Frage, welche Anbieter welche Qualitätsstandards erfüllen. Dies kann mit Blick auf die Wirkungen von Therapien oder auch vor dem Hintergrund vielerorts tätiger kostenintensiver unseriöser Schuldenregulierer negative Folgen haben.

Schlecht zu finden

Die unterschiedlichsten Wege führen zu den gewünschten Informationen. Die Suchfunktion hat dabei eine zentrale Stellung

– auch auf städtischen Internetportalen. Aber: bei 60-70% aller Städte blieb die Recherche selbst über verschiedenste Suchbegriffe erfolglos. Auch die Variante, die Informationen direkt über eine Eingabe des jeweiligen Begriffs wie zum Beispiel „Schuldnerberatung“ zu ermitteln, blieb zu über 80% erfolglos: entweder, weil es keine entsprechenden Angebote gab, oder weil die vorhandenen Angebote der Ehe- und Lebensberatung, der Drogen- und Suchtberatung sowie der Schuldnerberatung nicht adäquat in den Begriffslisten aufgeführt waren. Ähnliches galt für die A-Z-Listen.

Auch in diesem Kontext bestätigte sich, dass es kaum einheitliche Standards gibt. Rubriken wie „Bürgerservice“, „Branchenbuch“, „Rathaus“ usw. boten zudem häufig auch nicht den gewünschten Erfolg. Interessant ist aber, dass die Suchfunktionen für freie Unterkünfte und Hotels bei allen Städten meist ausgezeichnet funktionieren. Die Defizite bei den Sozialdiensten lassen sich also nicht mit fehlenden technischen Möglichkeiten erklären – es liegt eher an den kommunalpolitischen Prioritäten.

Wenig zu finden

Betrachtet man genauer, welche Informationen geboten werden, so beschränkten sich die Portale in der Regel auf die Kontaktadresse (Anschrift, Telefonnummer). Häufig waren nicht einmal die Öffnungszeiten etwa einer Eheberatungsstelle mit ausgewiesen, es fanden sich keine Standortanzeigen und in über 80% der gesuchten Einrichtungen gab es weder Kurzbeschreibungen, Konzepte noch konkrete Ansprechpartner. Vereinzelt waren diese Angaben über Links zu den Anbietern zu erfahren. In 90% der Städte fehlten Leistungsbeschreibungen oder Angaben zur Qualifikation der Mitarbeiter. Aussagen über die Qualitätsstandards der genannten drei Sozialdienste fehlten ebenfalls weitestgehend. Mithilfe des Internets wäre Transparenz und Qualitätssicherung der Sozialen Dienste möglich. Diese Chance wird aber von vielen Städten noch längst nicht gut genutzt.

Fazit: Soziales ist bislang ein Randthema

Fazit: Nur 20-30% der untersuchten Städte nutzen ihren Internetauftritt, um zufrieden stellend über Ehe- und Lebensberatung, Drogen- und Suchtberatung so-

wie Schuldnerberatung zu informieren. Außerdem gibt es offenbar kaum verbindliche Standards im Web-Design der kommunalen Internetportale. Die Form, Art, Qualität und Reichweite der vermittelten Informationen und Daten scheinen beliebig, abhängig von lokalen Prioritäten und Wissen. Einheitliche Systematiken oder Begriffe scheinen noch kaum entwickelt. Teilweise steht die Rubrik „Soziales“ noch nicht einmal auf der Startseite eines Stadtportals – Soziales bleibt insgesamt auffällig randständig.

Woran liegt das? Man sollte den Städten nicht unterstellen, dass sie mit schlechter Informationspolitik verhindern wollen, dass zu viele BürgerInnen die – Ausgaben verursachenden – Hilfen in Anspruch nehmen. Denn Studien belegen, dass Schuldner- oder Suchtberatung finanziell entlastende Effekte mit sich bringt, etwa beim SGB II.

Wie sind vor Ort die Sozialen Dienste strukturiert?

Das tendenziell schlechte Angebot beruht wohl eher darauf, dass Web-Designer zu wenig über Strukturmerkmale Sozialer Dienste wissen. Und nicht nur sie – Politik und Verwaltung müssen sich entscheiden:

- Soll eine Kommune auf ihrem Internetportal ausschließlich **eigene** städtische Beratungsdienste präsentieren?
- Soll sie auch über die Angebote der **freien** Wohlfahrtspflege informieren?
- Und wie hält sie es mit den **privaten** Anbietern?

Die Praxis ist unterschiedlich. Wer es auf die städtische Internetseite schafft, dort gar empfohlen wird, hat als Anbieter vor dem Hintergrund immer häufiger überregional tätiger „Sozialunternehmen“ einen Wettbewerbsvorteil gegenüber denjenigen erhalten, die aufgrund fehlender Standards im Web-Design nicht oder nur zufällig auf einer städtischen Internetseite gelistet werden.

Wer hat Zugang zum digitalen lokalen Sozialmarkt?

Kommunen beeinflussen also nicht nur finanziell, sondern auch über die Gestaltung ihrer Internetportale ganz wesentlich die lokale Versorgungsstruktur. Sie konstituieren quasi einen **digitalen lokalen Sozialmarkt** mit, der über Standards im Web-Design bisher wenig bis gar nicht



Kommunale Daseinsvorsorge: Hilfesuchende brauchen offene Türen und klare Wegweiser – auch und gerade im Internet

Foto: aboutpixel.de / Thomas Günther

reguliert ist. Notwendig scheint es, die Experten der Sozialarbeit im Web-Design stärker zu beteiligen. Perspektivisch ist dabei die „Filterfunktion“ kritisch zu reflektieren, die ein kommunales Internetportal zwangsläufig einnimmt. Sei es der Zugang zu Leistungen der Existenzsicherung, seien es Teilhabe- und Verwirklichungschancen: Wie jedes Informationsangebot kann auch eine städtische Website für den Einzelnen erschließend oder aber ausschließend wirken (Inklusion/Exklusion).

Verbindliche Standards im Web-Design

So ergeben sich Bezüge zu theoretischen und normativen Grundlagen der Daseinsvorsorge: Die Frage, ob und inwieweit die Kommunen in der Pflicht stehen, Informationen zu Sozialen Diensten – möglicherweise auch zu Leistungsangebot und Qualität – künftig über das Internet bereitzustellen, ist eigentlich (längst) geklärt. Der Aufbau dieser Infrastruktur ist eindeutig eine neue Staatsaufgabe – auch im reinen Gewährleistungsstaat. Egal, ob

Kommunen selbst ein Internetportal pflegen oder diese Aufgabe privatisiert haben: Sie müssen gewährleisten, dass die über das Portal vermittelten Inhalte bestimmten Standards und Qualitätskriterien entsprechen. Dafür müssen sie den Online-Redakteuren und Web-Designern ihrer Portale Vorgaben machen – und diese auch regelmäßig überprüfen.

Internet und digitales Rathaus sind eine ideale Plattform, um allen BürgerInnen gleichberechtigt, fachlich fundiert und schnell Wege zu den gewünschten Informationen und Diensten zu ermöglichen und diese bedarfsorientiert und differenziert anzubieten. Gerade für die Soziale Arbeit sind diese Informations- und Kommunikationstechnologien extrem wichtig: Klienten, die Ängste vor einem direkten Kontakt mit sozialen Einrichtungen haben, können sich so zunächst anonym informieren. Der Zugang zur Online-Beratung ließe sich mit den städtischen Internetportalen für die Sozialen Dienste koppeln und auch eine Qualitätsentwicklung wäre darüber denkbar. Soziale Einrichtungen können ihre Arbeit auf städti-

sehen Internetseiten transparent machen und Zugangsschwellen abbauen.

Insgesamt liegen in den neuen Informations- und Wissenssystemen beträchtliche Entwicklungspotenziale. Ein Schritt zur Weiterentwicklung ist auch, **unabhängig** und **fortlaufend** zu überprüfen, ob und inwieweit – etwa unter dem Einfluss von Web 2.0 – die städtischen Angaben zu den Sozialdiensten auf deren Internetseiten kontinuierlich verbessert werden. Warum soll nicht für Pflege- und Beratungsdienste möglich sein, was für Hotelbuchungen längst Standard ist?

Literatur

Kaufmann, Franz-Xaver, 2002: Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen, Opladen: Leske + Budrich.

Zillien, Nicole, 2006: Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.

➔ Uwe Schwarze ist Professor für Sozialpolitik und Soziale Arbeit an der Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit der HAWK, Hochschule für angewandte Wissenschaften und Kunst in Hildesheim. Der 40 Seiten umfassende Forschungsbericht ist als PDF-Datei erhältlich. Kontakt: schwarze@hawk-hhg.de

Pflanzenbestimmung im grünen Wurzelwerk

Nahrhaft oder ungenießbar?

Kommunalmandat ohne Internet? Für die meisten grünen Kommunalis ist das inzwischen unvorstellbar. Bei ihnen kommt allerdings umgehend ein leichtes Unwohlsein auf, wenn ihre Recherche mittels der sittsam bekannten Suchmaschinen in einem Informationsoverkill endet.

Helmut Delle

Dieses Unwohlsein wechselt nicht selten nach kurzem Klicken und Scrollen in erste Brechreizattacken. Quantität statt Qualität, Meinung statt Information, Marketing statt Aufklärung: die Recherche nach hochwertigen Hilfen wird zum Glücksspiel, vergleichbar mit mühevollen Goldwaschen im Ufersand. Sollen es gar grüne, politisch korrekte Edelsteine sein, muss man wie beim Diamantenschürfen Tonnen bewegen, bevor es das erste Mal glitzert. Die Suche auf den Seiten der klassischen Anbieter – Wissenschaft, Spitzenverbände, Stiftungen –, führt zwar zu i.d.R. fundierten Ergebnissen. Doch die müssen erst noch in die grüne Programmatik eingeordnet werden.

Gut gepflegte Kleingärten mit Buchsbaumhecke

Die grüne Ratsfrau und ihr Fraktionskollege landen somit über kurz oder lang auf Seiten der Bundes- oder Landespartei und deren Fraktionen, die allerdings für ihre Arbeit vor Ort nur bedingt gehaltvoll sind. Wo auf Landesebene eine kommunalpolitische Vereinigung (KPVen) mit eigenem Webauftritt existiert, ist der Zugang zu den Arbeitshilfen oft nur den Mitgliedern möglich (Passwortschutz). Die KPVen werden zwar als grünes Pflänzchen angesehen, ihre Informationspoole bilden aber so gut wie keine Wurzelmasse für ein gemeinsames Netzwerk bundesweiter grüner Kommunalpolitik aus.

Die soll – so die Protagonisten dieses Tools – im grünen Wurzelwerk entstehen und wachsen. Das Wurzelwerk ist die parteiinterne Webplattform der grünen Community für Mitglieder und UnterstützerInnen. Hier können sich alle Grünen informieren, Kontakte knüpfen, Kampagnen planen, Netzwerke pflegen und ihr

Wissen einbringen. Klasse Idee, gutes Instrument, hilfreiche Technik – allerdings für die Kommunalis erst in sehr bescheidenem Umfang nützlich. Spezielle Infos

für Lokalpolitik speisen in unterschiedlichem Umfang die Landesverbände auf ihren internen Basisseiten ein. Niedersächsische Kommunalis etwa finden auf



Foto: aboutpixel.de / Sergei Brehm

ihren LV-Wurzeln Grundlagen, Antworten auf Kommunal-FAQs, aktuelle Themenschwerpunkte sowie Musteranträge und -anfragen. Der Aufbau des Wurzelwerks erlaubt allerdings nur den niedersächsischen Grünen Zugriff hierauf.

Bio-dynamisches Gartenkollektiv mit Dauer-Plenum

Der Grundidee des Wurzelwerks folgend wird kommunalpolitisch Relevantes in den Gruppen des Gesamtwurzelwerkes behandelt. Diese Gruppen gründen sich zu einzelnen Themen und Fragen. Jede/r kann sich anschließen, mitmachen, etwas einspeisen oder verwerten. Angesichts der aktuellen Zahl von über 450 Themengruppen sind diese für kommunalpolitische Anliegen ein nahezu undurchdringliches Gestrüpp – man bräuchte glatt ein Wurzelwerk-Navi.

Es gibt einige Ausnahmen, darunter die Gruppe „Antragsvorlagen zur Kommunalpolitik“. Dieses Forum kann die Stadträtin und der Stadtrat einfach daraufhin durchstöbern, ob die Initiative aus X-Burg auch daheim in Y-Hausen Sinn machen würde. Inzwischen ist diese Sammlung in vier Unterbereiche unterteilt, was die Suche ein wenig erleichtert. Die Muster sind allerdings naturgemäß aus der Perspektive der örtlichen Gegebenheiten entstanden, was ihre Qualität und Übertragbarkeit einschränkt. Dass der Bereich mehr „Absauger“ als „Einspeiser“ hat, ist schade, 700 Gruppenmitglieder, aber nur 95 Musteranträge (Stand Mitte August 2010) sprechen eine deutliche Sprache. Erfreulich dennoch, dass zumindest einzelne Antragsvorlagen nachzulesende Diskussionen auslösen.

Sich hier Inspiration zu holen, ist zweifellos charmant, es könnte und sollte viel mehr genutzt werden. Dazu ist nach oben hin reichlich Raum, denn derzeit haben erst knapp 15% der Grünen-Mitglieder einen Wurzelwerkzugang. Sollte ihre Zahl zunehmen, d.h. sollte das interne Netz also als solches besser genutzt werden, wird sich von irgend einem Punkt an die Frage einer gewissen redaktionellen Begleitung stellen. Das dürfte dann der Zeitpunkt sein, der über Nährwert und Genießbarkeit entscheidet.

Link

www.wurzelwerk.gruene.de

☞ Helmut Delle ist Kommunalreferent des bündnisgrünen Landesverbandes Niedersachsen und ehrenamtlicher AKP-Redakteur.

Grün-alternative Kommunalpolitik im Web 2.0

Schon jemand da?

Welche neuen, insbesondere Web 2.0-Techniken nutzen bündnisgrüne KommunalpolitikerInnen, um ihre Inhalte zu verbreiten bzw. um eine lokalpolitische Debatte zu führen? Und wie funktionieren die überhaupt?

Rita A. Herrmann

Auch wenn sich die Mehrzahl der Grünen oder Alternativen in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten noch vornehm zurückhält, ergab die Recherche auf knapp 200 bündnisgrünen Fraktions-Websites erste interessante Beispiele, die einen Klick lohnen.

RSS-Feeds: Noch ein Löffelchen...?

„Feed“ heißt füttern oder einspeisen. Das rich site summary (RSS) fasst den Inhalt einer Website zusammen, die Software eines Feed-Readers stellt diesen dann – benutzerfreundlich – ohne unnötiges Design dar. Interessierte können das RSS-Feed einer Fraktion abonnieren und bekommen als „Futter“ eine Kurzinformation samt Link. Wenn der Wissenshunger noch nicht gestillt ist, folgen sie dem Link auf den aktuellsten Blogbeitrag, zur Pressemitteilung oder zum Antrag auf der Fraktionshomepage. Im Unterschied zum Abo eines Newsletters holt sich der Nut-

zer diese Infos, ohne dass die anbietende Fraktion erfährt, wer da ihre Mitteilungen liest. Lokalpolitische grüne Feeds gibt es u.a. in Freiburg, Graz oder Wien.

Facebook etc: Zeig Dich!

SchülerVZ, StudiVZ, Myspace, Xing oder Facebook sind sog. social network services. Der Service besteht darin, dass man sich nur anmelden muss, um sich auf einer technisch einfach handhabbaren Plattform zu präsentieren: mit einem Profil, kurzen Notizen, Terminankündigungen, Links und Fotos. „Social“ wird es, indem sich die Mitglieder untereinander verknüpfen und auf digitale Weise „Freunde“ werden. Eigene Einträge können von anderen bewertet („gefällt mir“, „gefällt mir nicht“) und kommentiert werden.

Was wer lesen darf (alle, Freunde, bestimmte Gruppen von Freunden,...), liegt in der Entscheidung des einzelnen Nutzers. Da ist Medienkompetenz nötig; es



So einfach geht das nicht mit der Digitalisierung und dem Web 2.0

Foto: pixelio.de / Thorben Wengert

gibt schon genug peinliche Party-Fotos im Web. Auch wer auf den Schutz der eigenen Daten achtet, kann kaum kontrollieren, was der Anbieter damit macht. Einmischen sollte man sich, wie die derzeit 76.000 Mitglieder der Gruppe „Facebook Privacy Control – NOW!“. Gleichwohl macht etwa Facebook für die politische Arbeit Sinn: Falls die Ressourcen nicht für eine Homepage reichen, kann das einzige grüne Kreistagsmitglied dennoch im Web präsent sein. Aber Achtung: Äußerungen zur politischen Großwetterlage gibt es auch bei Facebook schon genug. Besser sich auf das Geschehen im Ort konzentrieren, sonst klicken die Freunde auf „Einträge verbergen“. Zentral ist das Vernetzen, also eifrig „Freundschaften“ mit der Basis, Aktiven im Ort sowie befreundeten Vereinen schließen und deren Einträge kommentieren. Bei Facebook sind bereits die Fraktionen aus dem Kreis Borken, dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und Mannheim.

Blogs: Liebes Tagebuch...

„Blog“ fasst als Begriff Web und Log, also Logbuch, zusammen. Anders als beim Tagebuch auf Papier möchten die Verfasser, dass ihr Blog auch gelesen und sogar kommentiert wird. Daher schreiben sie relativ oft, stellen ihren neuesten Eintrag ganz nach oben auf ihrer Home-

page und vernetzen sich mit anderen Bloggern. Das Ganze bildet die Blogosphäre. Ihre Stärke entwickeln Blogs in Wahlkampfzeiten oder bei Kampagnen. Ihre grundsätzliche Schwäche ist die digitale Diarrhöe, an der manche Autoren leiden. Merke: „Heute schlecht geschlafen“ sollte man nur bloggen, wenn man anschließend über die ärgerliche Abstimmungsniederlage zur Schließung des Hallenbades schreibt. Fraktionsblogs gibt es z.B. aus Tübingen und Langerwehe (Kreis Düren). Häufiger schreiben einzelne grüne Kommunalis in ihr Online-Tagebuch, wie der „Paderbornverbesserer“ (so der Blogname) Klaus Schröder oder Lavinia Steiner aus Schwäbisch-Gmünd.

Twitter: Tirili!

Deutlich kürzer sind Microblogs, diese Textnachrichten sind maximal 140 Zeichen lang. Das Lesen der Kurzinfos ist per Internet sowie via SMS möglich – und das in Echtzeit. Anschaulich erklärten einige Mitglieder der Bundesversammlung 2009 die Bedeutung des Wortes „Tweet“ – „Gezwischer“. Sie konnten damals ihren Schnabel nicht halten und zwitscherten noch vor der Bekanntgabe des Ergebnisses, dass Hort Köhler gewählt worden war. Das Weiterleiten solcher Inhalte (Retweet) lässt sich übrigens gut zur Mobilisierung nutzen. Hauptsache, Basis und

Bevölkerung haben als „Follower“ das eigene Rathausgezwoitscher aus Augsburg, Dresden, Ludwigshafen oder Ulm abonniert.

Youtube: Guckstu!

Die Bundespartei ist mit Podcasts bereits eifrig auf Sendung, viele Audio- und Video-Dateien grüner Kommunalis gibt es noch nicht. Wer mehr zeigen will als einen dreiminütigen Monolog ohne einen einzigen Schwenk, muss mit der Kamera das Fraktionsbüro verlassen. Das ist für Ehrenamtliche sehr zeitaufwändig. Für den Kommunalwahlkampf hat man sich in Aachen, Duisburg oder Köln-Lindenthal die Zeit dafür genommen.

Lohnt sich das?

Einige grüne Kommunalis und Fraktionen machen sich also schon ganz gut im Web 2.0. Doch interessiert das jemanden? Ehrlicherweise sind die Zahlen der Kommentare, Bewertungen und Follower meist noch sehr gering. Das mag sich ändern. Der wichtigste Ort für lokalpolitische Diskussion und Überzeugungsarbeit ist bis auf Weiteres der Tapeziertisch in der Fußgängerzone.

☞ Rita A. Herrmann (42) ist hauptamtliche AKP-Redakteurin, hat als aktuelles Hobby Apps-Herunterladen und übt sich bei Stress im Facebook-Fasten.

☞ | **service**

Aufsätze

Höffken, Stefan: **Vernetzte Kommunikation. Twitter und Weblogs in der Stadtplanung**, in: PlanerIn, Fachzeitung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, 5/09, S. 12ff, Hg.: Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL e.V., Yorckstr. 82, 10965 Berlin, Ruf 030/27874680, Fax 030/278746813, info@srl.de, www.srl.de

Klessmann, Jens: **Fixmystadt. Web 2.0 in der öffentlichen Verwaltung**, in: PlanerIn, Fachzeitung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, 5/09, S. 15f, a.a.O.

Leshwange, Martina/ Begemann, Maik-Carsten: **Web 2.0 und die Rolle der Kinder- und Jugendarbeit**, in: Jugendhilfereport 1/10, S. 7ff, Hg.: Landesjugendamt im Landschaftsverband Rheinland, Download: www.lvr.de/jugend/

service/publikationen/jugendhilfereport_1_2010.pdf

Schulze-Wolf, Tilmann/ Menzel, André: **Neue Wege der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Raumplanung. Hintergründe, Konzepte und Erfahrungen**, in: Stiftung Mitarbeit: E-Partizipation. Beteiligungsprojekte im Internet, Bonn 2007, S. 120ff, ISBN 978-3-928053-93-8

Broschüren und Downloads

Bertelsmann-Stiftung, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Freie und Hansestadt Hamburg, Bundesministerium des Innern: **Leitfaden Online-Konsultation. Praxisempfehlungen für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet**, Gütersloh 2010, 88 S., www.online-konsultation.de/leitfaden

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: **Erfolgreiche kommunale/regionale Projekte zur Überwindung**

von Breitbandversorgungslücken, Berlin 2010, 234 S., www.zukunft-breitband.de

Initiative D21: **(N)Onliner-Atlas 2010. Eine Topografie des digitalen Grabens durch Deutschland**, Berlin 2010, 72 S., www.initiatived21.de, Pfad: Publikationen, Publikationen 2010

Verdi – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Fachbereich Gemeinden: **Berliner Manifest. Öffentliche Dienste 2.0 – Die Daseinsvorsorge in der Informationsgesellschaft stärken!**, Berlin 2008, 4 S., www.governet.de/9/

Links

Demokratie: www.netzpolitik.org

Infrastruktur: www.freifunk.net, www.zukunft-breitband.de

Grünes: www.datenschutz-ist-buergerrecht.de, www.gruen-digital.de, www.wurzelwerk.gruene.de

Ein Plädoyer für mehr Medienkompetenz

An die Tasten ... fertig ... Halt!

Ein Zwölfjähriger chattet mit Foto, Name und Adresse und wird hinterher gemobbt. Großeltern kaufen für ihren Enkel ein Skateboard online ein und bekommen jetzt ständig Werbung ins Haus. Eine Achtjährige spielt Computerspiele ab 16. Eltern stellen sämtliche Fotos ihrer Kinder ins Internet. Ein Mann scheitert beim Versuch, seine Steuererklärung online zu erledigen. Menschen verloren im Internet?

Jana Pajonk

Als Bankkunden, Patienten, Online-Shopper oder Arbeitnehmer lagern wir in Form von digitalen Codes aus Nullen und Einsen auf Servern in aller Welt. Staat, Behörden und Unternehmen sind eifrig dabei, immer mehr Prozesse zu digitalisieren. Drei Viertel der deutschen Haushalte haben einen Internetzugang, Tendenz steigend. Auf dem Weg durch das Netz erschaffen wir unsere digitale Persönlichkeit in Form von E-Mail-Adressen, IDs, Pseudonymen und Profilen. Das Internet bietet unendlich viele Möglichkeiten: Man kann Kontakte knüpfen und pflegen, sich organisieren, gezielt nach Informationen suchen, Zerstreuung finden oder sich verlieren.

Beinahe so wichtig wie Lesen und Schreiben

Bei all dem Digitalisierungseifer in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wird leider oft das Wesentliche übersehen: Die Menschen mitzunehmen. Ein Breitbandausbau ist wichtig, aber damit ist es nicht getan. Eine Schülerin in der ersten Klasse muss auch erst lernen, wie man schreibt. Der Stift allein tut es nicht. Worauf es ankommt, ist die Vermittlung von Wissen darüber, welche Kommunikationswege man wofür wie nutzen kann. Wichtig ist es, die Chancen, aber auch Grenzen und Gefahren ins Bewusstsein zu holen und im alltäglichen Mediengebrauch jedes Menschen zu verankern. Das ist Medienkompetenz. Dieses Wissen ist heute fast gleichbedeutend mit den Fähigkeiten zum Lesen und Schreiben. Und es wird immer wichtiger.

Medienkompetenz brauchen alle. Langsam begreift das die Politik. In fast allen Bundesländern gibt es mittlerweile

explizite Konzepte zur Medienbildung. Doch die Umsetzung hinkt der technischen Entwicklung um Jahre hinterher. Älteren Generationen muss grundsätzlich



simst er einem Freund? Kommt gerade ein Foto seiner Freundin per MMS an? Chattet er mit seinen Kumpels bei Facebook? Oder startet er sein Ebay-App?

Foto: sxc.hu / Fernando Martin

der Umgang mit neuen Medien vermittelt werden. Eltern und Lehrer brauchen dringend Unterstützung dabei, zu begreifen, was ihre Kinder im Netz eigentlich alles tun (können). Und Kinder und Jugendliche müssen auf eine selbstbestimmte Nutzung des Internets, den Schutz ihrer persönlichen Daten und die Grenzen und Gefahren hingewiesen werden. Fast überall werden sie mit den Medien allein gelassen.

Hier haben Bildungs-, Verbraucher-, Wirtschaft- und Sozialpolitiker noch einen weiten Weg vor sich. Sie müssen die ausführenden Institutionen entsprechend ausstatten und ausgestalten,

um diesem Jahrhundertauftrag gerecht werden zu können. Schulen, Kitas, Bibliotheken und Gemeindezentren sind Orte der Medien-Bildung, für Informationsveranstaltungen, Diskussionen, Seminare, Workshops oder Sprechstunden.

Angebote auch annehmen

Und wir selbst – egal ob Rentner, Single, Alleinerziehende, Familienvater oder Einwanderin – müssen bereit sein, uns ständig weiterzubilden und unser digitales Leben zu hinterfragen. Es kann den Alltag erleichtern, aber auch viel Ärger bereiten. Deswegen muss man sich mit Vorsicht, Umsicht und vor allem Kenntnis selbstbestimmt im Internet bewegen. Dieses Wissen und das Gespür sind die Medienkompetenz, die wir alle dringend brauchen. Doch die tollsten Fragestunden und Workshops nutzen nichts, wenn keiner hin geht. Wir müssen diese Angebote auch nutzen.

Dann chattet der Schüler nur noch unter Pseudonym. Die Oma kauft online Geschenke, ohne gleich den Newsletter mit zu bestellen. Eine Achtjährige spielt altersgerechte Computerspiele. Eltern verzichten darauf, ihren Nachwuchs online der gesamten Welt zu präsentieren und die elektronischen Behördengänge erleichtern das Leben. Mit Medienkompetenz lässt sich viel Unheil in der digitalen Welt vermeiden und viel Gutes herbeiführen. Dabei ist Medienkompetenz keine Zauberei, sondern kann erfolgreich vermittelt und erlernt werden.

➔ Jana Pajonk (31) hat in Göttingen Medien- und Kommunikationswissenschaft studiert; sie ist Büroleiterin des bündnisgrünen Bundesvorstandsmitgliedes Malte Spitz.